

„Wir wollen keine Karte, wir wollen Bargeld“

Erste Flüchtlinge reisen wegen Bezahlkarte ab



Die Thüringer Landrätin Martina Schweinsburg zeigt die erste Bezahlkarte Deutschlands

Foto: Bodo Schackow/dpa

Von: Jan Schumann

20.01.2024 - 12:20 Uhr

Während Bund und Länder noch über Vorschläge diskutieren, prescht sie vor und setzt es um.

Deutschlands dienstälteste Landrätin Martina Schweinsburg (CDU, seit 1990 im Amt) hat seit Anfang Dezember im Kreis Greiz (Thüringen) bereits 200 Bezahlkarten an Flüchtlinge ausgeteilt. Bis Monatsende sollen alle 740 eine haben.

Mehrere Kreise und Bundesländer haben sich nach BILD-Informationen bereits bei ihr erkundigt, wie sie nachziehen können. Denn die Maßnahme zeigt Wirkung.

Landrätin Schweinsburg: „Innerhalb von zwei Tagen war mit dem Anbieter alles geklärt. Nach zwei Wochen waren die Karten erstellt.“ Sie sagt, eine Ausschreibung durch die Länder oder den Bund dauere viel zu lange. „Die Stimmung im Land ist sehr aufgeheizt. Bei uns sind durch die Anmietung für Asylsuchende keine Sozialwohnungen frei. Da ist es nicht gut, wenn diese mit mehreren Hunderteuroscheinen im Portemonnaie herumlaufen.“

► Ihr Ziel: Flüchtlinge sollen nicht mehr mit Geld vom Staat abtauchen. „Nur wenn sie persönlich zur Aufladung erscheinen, wird aufgeladen. Das ist keine unzumutbare Einschränkung. Das Gesetz verpflichtet sie, sich in den ersten drei Monaten nur in dem Kreis aufzuhalten, in den sie zugewiesen wurden“, so Schweinsburg.

Immer mehr Flüchtlinge reisen ab

Die zuständige Chefin für Flüchtlingsbetreuung, Dagmar Pöhland, zu BILD: „Die meisten akzeptieren die Umstellung und sind froh, dass sie überhaupt etwas bekommen. Aber bereits im Dezember haben 15 Flüchtlinge gesagt ‚Wir wollen keine Karte, wir wollen Bargeld‘ und sind kurz darauf abgereist.“

Nach BILD-Informationen stieg diese Zahl der Abgereisten seit Einführung der Karte bis Mitte Januar auf ein Vielfaches.

Pöhland erklärt: „Die Bezahlkarte wird die Spreu vom Weizen trennen. Wer wirklich auf der Flucht ist, dem ist die Auszahlungsweise egal. Sie kaufen Kleidung oder Lebensmittel. Aber manche holen sich davon auch überteuerte Handys, vor allem Jüngere und Alleinreisende.“

Der Effekt der neuen Methode: „Durch die Karte müssen die Flüchtlinge den Umgang mit Geld lernen“, so Pöhland. Der Staat habe bisher zu viel Missbrauch zugelassen. „Wir sind schon lange keine Aufnahmegesellschaft mehr“, sagt Pöhland. Für eine bessere Integration brauche es vor allem einen besseren Zugang zu Schulen und medizinischer Betreuung.

Wie funktioniert die Bezahlkarte?

Jeder Flüchtling (hauptsächlich aus Syrien und Afghanistan) bekommt eine Prepaidkarte (Anbieter givve). Die Flüchtlinge sind Nutzer. Kontoinhaber bei der Sparkasse ist die Kreisverwaltung.

Diese lädt – je nach zustehender Asylbewerberleistung – monatlich 300 bis 400 Euro auf die Karte. Obendrauf bekommt jeder Flüchtling ein Taschengeld von durchschnittlich 100 Euro, das weiter in bar ausgezahlt wird.

Einkaufen ist überall möglich, wo Mastercard akzeptiert wird. Die personalisierten Karten funktionieren aber nur in der Region. Barauszahlungen oder Überweisungen z.B. in Heimatländer oder an Schlepper (Rückzahlung von Krediten) sind unmöglich. *Ab einem Guthaben von 5000 Euro wird nicht mehr nachgeladen. Geschätzte Kosten für den Kreis: 20 000 Euro pro Jahr.*

Der Vorteil gegenüber Gutscheinen: Selbst bei einer Waren-Rückgabe wird die Gutschrift nicht in bar ausgezahlt, sondern zurück auf die Karte gebucht. Außerdem kann die Behörde die Karten entladen oder sperren.